

Classe politique

Cédric Wermuth, TV-Neuling, geht auf Sendung. Der SP-Nationalrat macht Christoph Blocher Konkurrenz und startete diese Woche auf Facebook einen Live-Talk namens «Frag den Wermuth», in dem er politische Fragen von Zuschauern beantwortet. Während einiges ähnlich wirkte wie bei TeleBlocher («Nichts ist gescrriptet oder vorbereitet»), stach vor allem beim Dekor eine grosse Differenz ins Auge: Während Blocher gerne vor seinen Anker-Bildern referiert, hängen an Wermuths Wand bloss leere Bilderrahmen.

Christoph Blocher, Fernsehlegende, rückte derweil in seiner Sendung wieder einmal die Dinge ins rechte Licht. Auf die Frage, wer denn neuer SVP-Fraktionschef werden solle, antwortete er: «Das spielt eigentlich keine Rolle.» Und meinte wohl: Schliesslich sitze ich ja immer noch selber in der Fraktion.



Cédric Wermuth

Diana Gutjahr

Diana Gutjahr, Neuling, weiss, wie man sich bettet. Die SVP-Frau aus Amriswil (TG) tritt in der Wintersession im Nationalrat die Nachfolge von Hansjörg Walter an und verriet zu ihrer Person schon einmal so viel: Eine ihrer «schönen Eigenarten» sei, dass sie sehr gerne schlafe, «das ist eines meiner grössten Hobbys». Als wache Beobachter der Nationalratsdebatten können wir der smarten Thurgauerin zur neuen Berufswahl nur gratulieren: Nicht jeder kann sein Hobby zum Beruf machen – und dafür erst noch eine Übernachtungspauschale kassieren.

Heftiges Feilschen um Kampffjets

Wer über Finanzierungsmodell, Stückzahl und Typenwahl entscheidet, ist politisch umstritten – Armeeminister Parmelin muss nachbessern

Stefan Bühler, Andreas Schmid

Neun Milliarden Franken für neue Kampfflugzeuge und eine bodengestützte Luftverteidigung (Bodlufv) hat Verteidigungsminister Guy Parmelin am Mittwoch im Bundesrat beantragt. Wie es die entsprechende Variante in einem Expertenbericht vorsieht, schlug Parmelin laut Eingeweihten den Kauf von 40 Jets vor, die ab 2025 geliefert werden sollen. Zudem wollte er das Gremium für einen Planungsbeschluss zu einem Gesamtpaket gewinnen; so hätte das Parlament mit einem Grundsatzentscheid über eine umfassende Luftabwehr mit Flugzeugen und Bodlufv zu befinden gehabt.

Der Bundesrat änderte Parmelins Pläne massgeblich. Er kürzte

eine Milliarde Franken weg und sah von der Stückzahlvorgabe für die Beschaffung der Kampffjets ab. Sonst hätte man einen Preis präjudiziert, anstatt durch Wettbewerb zwischen den Anbietern eine optimale Offerte und möglichst viele Flugzeuge für das vorhandene Geld zu erhalten, wurde dem Vernehmen nach argumentiert. Zudem stieg das Gremium nicht auf den Vorschlag eines Gesamtplanungsbeschlusses ein und wies Parmelin an, alle Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und der Gesamtregierung im Februar vorzulegen.

Offiziere fordern 70 Jets

Hiessen die Räte dereinst einen oder zwei Planungsbeschlüsse des Bundesrats zu Kampffjets und Bodlufv gut, könnten Gegner der



Ein Rafale-Kampffjet in Aktion.

Patrick Richter, Präsident der Luftwaffen-Offiziersgesellschaft Avia, weist etwa darauf hin, dass es um einen Ersatz für alle F/A-18 und alle Tiger-Flugzeuge gehe. Sämtliche 83 vorhandenen Jets würden bald einmal ausgemustert. Als 2014 der Kauf von 22 Gripen-Flugzeugen in der Volksabstimmung gescheitert sei, habe man erst die Tiger auswechseln wollen. Richter sagt, der Bundesrat selber halte in einem Bericht von 2014 fest, «dass schon für einen länger anhaltenden Luftpolizeidienst 55 Kampfflugzeuge nötig sind». Für die autonome Verteidigung über Wochen brauche es sogar bis zu 70 Jets, zitiert Richter das neue Expertengutachten. «Das sind Ziele, die mit dem aktuellen Bundesratsbeschluss kaum erreichbar sind.»

SP schliesst die Reihen

Ganz anders tönt es bei der SP. Die Partei, die kürzlich unter gewissen Bedingungen der Beschaffung neuer Flugzeuge für eine «robuste Luftpolizei» zugestimmt hat, kritisiert den Bundesrat harsch. Man sei sich einig, dass es vor 2030 keine neuen Jets brauche, dass zu viel Geld zur Verfügung gestellt und eine zu grosse Anzahl Flugzeuge gekauft werden solle, sagt der Zürcher Nationalrat Angelo Barrile. Er war kürzlich parteiintern unterlegen, als er sich grundsätzlich gegen einen Jetkauf gestellt hatte.

Zu Wort meldet sich auch die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Sie fordert, Anbieter auszuschliessen, die im Ausland in Korruptionsaffären verstrickt sind. Die GSoA nennt zwei Hersteller, die der Schweiz ihre Jets verkaufen wollen.

Ebenso unterschiedlich sind die Meinungen, inwieweit die acht Milliarden zur künftigen Verteidigung des Luftraums reichen.

Afrika-Flüchtlinge: Kantone bieten Hand

Erste Kantone zeigen sich bereit, sogenannte Resettlement-Flüchtlinge aus Afrika aufzunehmen. Der Bund zahlt ihnen dafür zusätzliche Beiträge.

Lukas Häuptli

«Wir müssen die Schwächsten rasch aus den libyschen Haftzentren rausholen können», hatte Bundesrätin Simonetta Sommaruga letzte Woche im Interview der «NZZ am Sonntag» gesagt. «Die Situation dort ist absolut katastrophal.» Aus diesem Grund will die Justizministerin sogenannte Resettlement-Flüchtlinge aus Afrika aufnehmen. Das sind Asylsuchende, die vom UNHCR, dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, bereits als Flüchtlinge anerkannt sind und in der Regel direkt aus Flüchtlingslagern in die Schweiz gebracht werden.

Allerdings braucht Sommaruga dafür die Zustimmung des Gesamtbundesrats sowie die Bereitschaft der Kantone und Gemeinden, bei der Unterbringung, Betreuung und Integration der afrikanischen Flüchtlinge Hand zu bieten. Erste Kantone haben diese Bereitschaft bereits signalisiert. So sagt die Walliser Regierungsrätin Esther Waeber-Kalbermatten: «Der Kanton Wallis ist bereit, Resettlement-Flüchtlinge aufzunehmen, insofern es sich um besonders schutzbedürftige Personen handelt und die Abklärung wie bisher durch das UNHCR

erfolgt.» Ähnlich tönt es beim St. Galler Regierungsrat Fredy Fässler: «Es wäre denkbar, dass wir Resettlement-Programme in unseren kantonalen Strukturen umsetzen.» Und die Zuger Regierungsrätin Weichelt-Picard stellt in Aussicht, eine Aufnahme zumindest zu prüfen.

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) hatte sich schon 2012 in einem Grundsatzpapier für Resettlement-Programme ausgesprochen. Damit trage man dazu bei, die humanitäre Tradition der Schweiz wieder aufleben zu lassen.

Der Bund zahlt Kantonen und Gemeinden, die Resettlement-Flüchtlinge aufnehmen, zusätzliche Beiträge. Dabei handelt es sich um Einmalzahlungen von 11 000 Franken pro Person, wie Projektleiterin Idil Abdulle vom Staatssekretariat für Migration sagt. Das Geld ist für die Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft bestimmt. In der Regel erhalten die Kantone dafür lediglich Einmalbeiträge von 6000 Franken pro Person.

Die Schweiz hat seit 2013 knapp 2000 Resettlement-Flüchtlinge aufgenommen. Diese stammen allerdings alle aus Syrien und seinen Nachbarländern. Mehr als 80 Prozent der Aufgenommenen sind syrische Staatsangehörige, die restlichen Bürger vom Irak, von Palästina und Jordanien. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Minderjährige.

Eine der schönsten Fähigkeiten des Menschen:

Verständnis zeigen.



Wir sehen die Dinge, wie sie für dich sind. Deshalb hören auch wir genau hin und entwerfen mit dir zusammen ein Angebot, das wirklich zu dir passt. Gerne beraten wir dich. Ganz persönlich.



Beratung in über 100 Agenturen, per Telefon unter 0844 277 277 oder auf css.ch